

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1953

60/J

Anfrage

der Abg. Marianne Polak, Rosa Jochmann, Ferdinanda Flossmann, Maria Kren, Rosa Rück, Paula Wallisch, Marie Emhart und Genossen  
 an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,  
 betreffend Vernichtung von grünem Salat.

-.-.-

In der vergangenen Woche erfuhr die Öffentlichkeit, daß über Veranlassung der Gemüse- und Obstverwertungsgesellschaft (BAST) in Wien 15 Kisten mit etwa einer halben Million Häuptel Salat weggeworfen wurden, weil die Großhändler die Übernahme der Ware verweigerten. Dies geschah angeblich deshalb, weil der Bedarf der Wiener Haushalte bereits gedeckt war. Die Produzenten wurden mit 2 S pro Kiste entschädigt.

Der wahre Grund für diese Vorgangsweise ist nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten jedoch in dem Bestreben der Händler zu suchen, das dahin geht, die hohen Marktpreise zu halten. Während die Gärtner (Produzenten) 8 bis 15 Groschen je Häuptel Salat erhalten, müssen die Hausfrauen dafür 40 bis 50 Groschen bezahlen. In jeder Familie würde mehr gesunder Frischsalat verzehrt werden, wenn das Stück nur die Hälfte kosten würde. Die unterzeichneten Abgeordneten betrachten es als unverantwortlich, wertvolle Nahrungsmittel zu vernichten, nur um einen nicht gerechtfertigten Verkaufspreis zu halten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehende

Anfrage:

Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um dem unverantwortlichen Vorgehen der Gemüse- und Obstverwertungsgesellschaft Einhalt zu gebieten?

-.-.-.-.-